

Stettiner Zeitung.

Landtags-Verhandlungen. Herrenhaus.

Erste Sitzung vom 4. November.
Graf Eberhard zu Stolberg-Bernigerode eröffnet die Sitzung um 2½ Uhr. Die Bänke des Hauses sind lüdenhaft besetzt. Die Tribünen sind leer.

Am Ministertische Graf Hrenpliz.
Die vier jüngsten Mitglieder des Hauses werden zu Schriftführern berufen. Es sind die Herren Dr. Pauli, v. Rochow-Messow, Fürst Pleß und v. d. Marwitz. Zahlreiche Entschuldigungsschreiben und Urlaubsgesuche sind eingegangen. — Das Schreiben wegen Aufhebung der Portofreiheit für die Mitglieder des Landtags (siehe Abgeordnetenhaus) wird verlesen und behufs Konstatirung der Beschlussfähigkeit des Hauses der Namensaufruf vorgenommen. Derselbe ergibt die Anwesenheit von 73 Mitgliedern. Das Haus ist also beschlussfähig.

Darauf wird sofort zur Präsidentenwahl geschritten. Die bisherigen Präsidenten des Hauses werden wiedergewählt, und zwar: Graf Eberhard zu Stolberg-Bernigerode mit 70 von 75, Herr v. Frankenberg-Ludwigsdorff mit 63 von 75 und Graf Brühl mit 52 von 73 Stimmen. Bei der letzten Wahl fallen auf den Herzog von Ratibor 16 Stimmen. — Die drei Gewählten nehmen die Wahl dankend an.

Die Wahl der Schriftführer folgt. Das Resultat derselben wird später ermittelt und morgen mitgeteilt werden. — Morgen (Donnerstag) findet die Konstituierung der Abtheilungen und die Wahl der Fach-Kommissionen statt. — Die nächste Plenarsitzung beräumt der Präsident auf Donnerstag 12 Uhr an. Tagesordnung: 1) Entgegennahme von Vorlagen der Staatsregierung; 2) Bereidigung der neuen Mitglieder; 3) Wahl der Matrifel- und Staatsschulden-Kommissionen.

Abgeordnetenhaus.

Erste Sitzung vom 4. November.

Von 2 Uhr ab versammeln sich die Mitglieder des Abgeordnetenhauses in ihrem Sitzungssaale. Die Bänke derselben werden indessen nur spärlich besetzt. Die erschienenen Abgeordneten nehmen ihre früheren Plätze wieder ein. Eine Veränderung im Saale ist nur in so weit vor sich gegangen, als die Plätze für den Zollbundesrath wieder entfernt und der Ministeritz in seiner alten Gestalt wieder hergestellt ist. An demselben erscheint der Finanzminister v. d. Heydt.

Um 2½ Uhr beisteht der Abg. v. Forckenbeck den Präsidentenstuhl und übernimmt auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung, deren provisorische Gültigkeit er voraussetzt, als Präsident des letzten Abgeordnetenhauses das Präsidium und eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Möge die Arbeit, die uns bevorsteht, dem Vaterlande zum Heil und Segen gereichen, und beginnen wir, M. H., wie immer unsere Geschäfte mit dem Ause der Treue und Ehrerbietung: Se. Maj. der König lebe hoch! (Das Haus stimmt dreimal in diesen Ruf ein.)

Demnächst beruft der Präsident die vier jüngsten Mitglieder des Hauses zu Schriftführern. Es sind die Abgg. Wehr, Dr. Eisele, v. Flemming und Graf Willamowitz-Möllendorff.

Vom Präsidium des Staatsministeriums ist ein Schreiben eingelaufen, worin dem Hause angezeigt wird, daß nach vorangegangener Verständigung mit dem Bundeskanzler und mit Rücksicht auf die starken Ausfälle bei der Postverwaltung durch die eingetretene Portomäßigung, sowie mit Rücksicht darauf, daß in keinem andern Bundesstaate die Abgeordneten die Portofreiheit genießen, diese auch den preussischen Abgeordneten ferner nicht mehr gewährt werden könne. (Seitens.) Die Portofreiheit finde nur noch auf Briefe und Pakete von dem Präsidium der beiden Häuser und an dasselbe unter bestimmter Bezeichnung Anwendung.

Es findet darauf die Verlesung der Abgeordneten in die Abtheilungen statt, nach deren Beendigung der Präsident mittheilt, daß augenblicklich 217 Mitglieder beim Bureau des Hauses angemeldet sind.

Die Abtheilungen werden sich morgen Vormittag 10 Uhr konstituiren. Um 11 Uhr findet eine Plenarsitzung statt. Tagesordnung: Präsidentenwahl.

Schluss der Sitzung 3 Uhr 10 Min.

Deutschland.

Berlin, 4. November. Die Hefereien der österreichischen Blätter gegen Preußen sind neuerdings wieder im vollen Gange. Jetzt wird besonders das Kapitel behandelt, daß Preußen Rumänien nach innen und nach außen zu revolutionären suche, um dort eine Bewegung heraufzubeschwören. Die „Neue freie Presse“ hat in der Erwiderung auf die Artikel preussischer Blätter über die Beuß'sche Rede im Bebrauschuß eine ganze Reihe von Ausfällen dieser Art gegen Preußen gerichtet. Es ist nun eben die Art dieser Blätter, Romane für Geschichte auszugeben. Ein näheres Eingehen auf diese Beschuldigungen wird uns um so eher erlassen

bleiben, als das Kapitel, daß die Revolutionen mit preussischem Gelde angestiftet werden, schon hinlänglich vom „Klabberdatsch“ illustriert und lächerlich gemacht worden ist. In welchem Widerspruch sich übrigens diese Blätter mit sich selbst setzen, davon giebt die alte Wiener „Presse“ ein Beispiel. Während sie sich oben in ihrem Leitartikel über die preussischen Bestrebungen in Rumänien ergeht und bei dieser Gelegenheit die Judenverfolgungen dajelbst in der kläglichsten Weise darstellt, giebt ein Mitarbeiter derselben, der sich eigentl. zur näheren Untersuchung der Judenverfolgungen nach Rumänien begeben hat, unten in Feuilleton die Erklärung ab, von der dortigen jüdischen Bevölkerung erfahren zu haben, daß ihre Lage durchaus nicht so bedenklich sei, wie sie von den Blättern dargestellt werde. — Auch das „Dresdner Journal“ giebt jetzt die Erklärung, daß der in Verbindung mit dem bekannten welfischen Organ „Bulletin international“ vielfach genannte Professor Hessele unter Beibehalt seines Titels und Ranges (er war früher Lehrer am Königl. Kadettenkorps) in Wartegeld versetzt ist, also sich noch in amtlicher Stellung befindet und jederzeit wieder zum aktiven Dienst herangezogen werden kann. Daß es sich mit einer solchen Stellung nicht verträgt, als geschäftlicher Bevollmächtigter des Bestsers bei einem Organ, wie das „Bulletin international“, angestellt zu sein, das sich zum Ziel gesetzt hat, den Krieg gegen Preußen zu predigen, den Sturz der norddeutschen Verfassung herbeizuführen und die Intervention des Auslandes herbeizuwünschen, wird Niemanden zweifelhaft sein. Das Organ erscheint außer in Dresden obendrein auch in Brüssel, Florenz und Nimes und ist also auch dort thätig, diese Anschuldigungen zu verbreiten. Wäre der Besitzer und Redakteur des Blattes in Preußen, so würden sie für diese ihre Aeußerungen jedenfalls zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. — Die Stelle der Thronrede, worin der friedlichen Haltung und den friedlichen Hoffnungen der preussischen Regierung ein sehr bestimmter Ausdruck gegeben wird, hat überall einen guten Eindruck gemacht. Die Zahl der in der Thronrede angeführten Gesetzesvorlagen, die dem Landtage zur Berathung aus den verschiedenen Ministerien zugehen werden, wird übrigens nicht 50, wie die „Provinzial-Correspondenz“ meint, sondern wie wir neuerdings erfahren, etwa 60 sein, so daß der Landesvertretung ein sehr reiches Feld der Thätigkeit eröffnet wird. Den Angaben der Oppositionsblätter gegenüber wollen wir übrigens mittheilen, daß das Unterrichts-gesetz zuerst dem Abgeordnetenhause und nicht dem Herrenhause zugehen wird. — Durch ein Schreiben des Kultusministers ist der Dichter Emanuel Geibel in Kenntniß gesetzt worden, daß der König ihm außer dem schon bisher gewährten Ehrensold von 300 Thlrn. noch einen Gnadengehalt von 1000 Thlrn. bewilligt hat. Der Bezug dieses Gehalts soll schon vom 1. Oktober an eintreten. Außerdem ist Geibel in die Ausicht eröffnet worden, daß er in eine Universitäts-Professur mit einem auskömmlichen Gehalt eintreten soll, sobald eine Vakanz vorhanden ist. — Die Nachricht, daß die Komtesse Bismarck, Tochter des Ministerpräsidenten, mit dem Grafen Lurbug verlobt sei, ist, wie wir aus guter Quelle erfahren, nicht begründet.

Berlin, 4. November. Se. Maj. der König widmet andauernd der durch elementare Ereignisse, Ueberschwemmungen u. dergleichen in der Schweiz den lebhaftesten Antheil, den Allerhöchstderselbe bereits durch eine namhafte Spende für die Unglücklichen bethätigt hat. In einer Audienz, welche der eigentl. Besondere bei Se. Majestät dem Könige hatte, nahm der Monarch erneute Kunde über das Schicksal der Verunglückten entgegen, denen sich hier überhaupt große Theilnahme zuwendet.

In Folge der Errichtung der beiden Provinzial-Kadetten-Anstalten, zu Ploen und Dranienstein, wird, nach dem „Mil.-Wochenbl.“, das Berliner Central-Institut seinen nächsten Kursus am 1. Mai k. J. mit fast 600 Zöglingen beginnen. Da für diese erhebliche Schülerzahl die bisherige Eintheilung dieser Anstalt zu 4 Kompagnien nicht mehr genügen würde, so haben Se. Majestät der König, laut Allerh. Kabinetts-Dekret vom 29. Oktober cr., die Formation zweier neuer Kompagnien zu dem vorbezeichneten Termine zu genehmigen geruht, so daß also das Berliner Kadettenhaus vom 1. Mai k. J. 6 Kompagnien Kadetten haben wird.

Die „N. A. Ztg.“ bringt folgende offiziöse Mittheilung: In Nassau ist jüngst die Zulassung von Theologen aus den älteren Provinzen zu dortigen Pfortstellen als ein Eingriff in die wohlverordneten Rechte der Angehörigen der evangelischen Kirche Nassau's bezeichnet und von der demokratischen Presse als ein Gegenstand der Agitation ausgebeutet worden. Das Konfessorium zu Wiesbaden hat bereits eine beruhigende Erklärung in Bezug auf die Wahrung der Interessen der nassauischen Geistlichkeit gegeben; was aber die grundsätzliche Lage der Sache betrifft, so steht der Auffassung,

welche jeden Theologen aus einem anderen Landestheile von der Berufung in ein geistliches Amt in Nassau auszuschließen will, mit der Tradition und Praxis im Widerspruch, welche bis in die jüngste Zeit für das praktische Leben der deutschen Landeskirchen bestimmend gewesen ist. Weder in den älteren Provinzen des Königreichs, noch in Nassau, Hessen, Hannover und den Elberzoghütern hat das Indigenat als ein notwendiges Erforderniß für die Anstellung im geistlichen Amte gegolten. Wenn die nassauischen Blätter insbesondere behaupten, daß in Hannover Ähnliches nicht versucht werden würde, so ist dagegen zu bemerken, daß Berufungen von altpreussischen Geistlichen in hannoversche Aemter auch schon unter der früheren hannoverschen Regierung in wiederholten Fällen vorgekommen sind, eben so gut wie die preussische Landeskirche tüchtige Kräfte aus allen Theilen Deutschlands in sich aufgenommen und herangezogen hat. Das Kirchenregiment hält es überhaupt für seine Pflicht, die Beziehungen zu pflegen, welche das Gefühl der Zusammengehörigkeit in den durch die Ungunst der Zeitverhältnisse noch getrennten evangelischen Landeskirchen lebendig erhalten. Von diesen Gesichtspunkte ist auch in der neuen Prüfungs-Ordnung für die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Hannover ausgegangen worden. Es versteht sich von selbst, daß sich dem gegenüber die Geistlichkeit der Provinz Nassau nicht zu einer exklusiven Sonderkirche abschließen darf.

(Prov.-Korr.) Die neue Landtags-Session ist von dem Könige mit dem Ausdruck fester Friedenszuversicht eröffnet worden: diese unumwundene Aussprache unseres Königs wird dazu beitragen, die Nebel zu zerstreuen, welche jüngst wieder durch unklare politische Kundgebungen verbreitet worden waren. Der Landtag wird denn in der That mit voller Zuversicht „an seine Friedensarbeit“ gehen können. Die nächste und dringende Aufgabe wird die Verständigung über den Staatshaushalt für das Jahr 1869 sein. Die Thronrede bestätigt, daß die laufenden Einnahmen nach dem Voranschlage nicht ausreichen, um die unvermeidlichen Staatsausgaben vollständig zu decken. Aber die Regierung hält diesen Mangel im preussischen Staatshaushalte nur für einen vorübergehenden; sie hofft, daß das Gleichgewicht zwischen den ordentlichen Jahreseinnahmen und Ausgaben durch die weitere Entwicklung der Verhältnisse im norddeutschen Bunde und durch einen neuen Aufschwung von Handel und Verkehr in Kurzem wiederhergestellt werde. Diesem Vertrauen werden die Vorschläge entsprechen, welche sie dem Landtage zur Deckung des diesjährigen Ausgabebedarfs machen wird. Die Thronrede enthält hierüber noch keine ausdrückliche Andeutung; erst bei der unverweilt zu erwartenden Vorlegung des Budgets wird der Finanzminister die Aufklärungen über die Lage unserer Finanzen im Zusammenhange geben. Man darf jedoch aus den Worten der Thronrede eine Befähigung dafür entnehmen, daß es den eifrigen Bemühen der Regierung gelungen ist, durch möglichste Sparsamkeit in den Ausgaben und durch Zuhilfenahme noch vorhandener Bestände eine höhere Belastung der Bevölkerung mit Steuern zu vermeiden. Wenn hiernach die Deckung des diesmaligen Jahresausgaben so schwierige Erwägungen nicht veranlassen dürfte, wie noch jüngst angenommen wurde, so wird der Landtag seine Thätigkeit um so früher den wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung widmen können, welche die Staatsregierung für die gemeinsame Berathung vorbereitet hat. Die Thronrede hat nur eine geringe Zahl der Vorlagen, welche den Landtag erwarten, näher bezeichnen können: im Ganzen werden mehr als 50 Gesetzesentwürfe aus den verschiedenen Ministerien zur Berathung gelangen, darunter eine erhebliche Anzahl von großer Bedeutung für das bürgerliche Leben und für die Entwicklung der Staatseinrichtungen. Dem Landtage ist somit in der That ein reiches Feld wichtiger und segensreicher Thätigkeit eröffnet. Je mehr es gelingt, auf den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens den wirklichen Bedürfnissen des Volkes durch eine umsichtige und vorzügliche Gesetzgebung Befriedigung zu verschaffen, um so sicherer wird die Theilnahme der Bevölkerung an den Arbeiten der Landesvertretung und an der Entwicklung des Verfassungslebens sich in steigendem Maße bethätigen.

Der Bundeskanzler Graf v. Bismarck wird seinen Aufenthalt in Barzin, falls nicht die politischen Verhältnisse seine Rückkehr früher erfordern, bis zum Ende dieses Monats ausdehnen. Es sind an diese Thatsache vielfach beunruhigende Gerüchte geknüpft worden; dieselben sind jedoch durchweg grundlos. Die längere Abwesenheit des Staatsmanns ist nur aus dem Wunsche zu erklären, seiner Gesundheit, so lange als es die Verhältnisse irgend gestatten, möglichst Schonung angedeihen zu lassen.

Frankfurt a. M., 4. November. Die Zeichnungen auf die Chartoff-Kowbahn-Obligationen übersiegen hier die Summe des angelegten Betrages.

Kiel, 3. November. Heute stand vor dem Appellationsgericht die Berufungssache des Redakteurs der

„Ishoer Nachrichten“, Dr. Bernhard Endrulat, gegen ein Erkenntniß des Ishoer Kreisgerichts: zur Verhandlung. Letzteres hatte den Appellanten zu einer vierwöchentlichen Gefängnisstrafe verurtheilt, wegen Abdrucks eines Berichts über die Sitzung der Strafkammer des Kieler Kreisgerichts am 27. Juni, weil das Gericht darin eine öffentliche Verläumdung der Kieler Strafkammer und eines Beamten, des Kreisgerichtsraths Cartbauer, des Vorsitzenden der Strafkammer erblickt hatte. Das Appellationsgericht änderte das Erkenntniß des Ishoer Kreisgerichts unter Annahme milderer Umstände insofern ab, daß statt der Gefängnisstrafe eine Geldbusse von 30 Thalern substituirte ward.

Meudsburg, 4. November. Provinziallandtag. Nach einer lebhaften Debatte werden 77 Petitionen von Nordschleswigern, welche das Verfahren gegen die zurückkehrenden Nordschleswiger und das Jagdgesetz betreffen, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Die Vertreter des großen Grundbesitzes verlangen volle Entschädigung für den durch den letzten Krieg erlittenen Schaden, der Landtags-Kommissar erklärt jedoch, daß die Leistung einer solchen von Staatswegen unmöglich sei.

Altona, 2. November. Unter dem Titel „Altonaer Zeitung“ wird vom 15. November an ein neues Blatt, vorerst dreimal wöchentlich, erscheinen. Als Redakteur des Journals wird Dr. Beltz fungiren.

Lübeck, 2. Novbr. Sie werden sich aus Ihrer seligen Quartanerzeit des Wahlpruches entsinnen, den uns ein alter Lateiner von dem griechischen Maler Apelles hinterließ: „nulla dies sine linea“, und auch ich hätte mich dieses schönen Sages mehr erinnern und jeden Tag mit dem „Nützlichen“ beschäftigen sollen, von uns und unseren Zuständen Sie und Ihre Leser zu unterhalten. Es wäre dies um so „nützlicher“ gewesen, als ich dadurch ein armes Reporterlein, welches man der Unthat begütigte, als Ihr Korrespondent an dem „Versuch des Hocherraths“ theilgenommen zu haben, vielleicht der Dame Justiz aus den „Altonafassenden“ Armen gezogen hätte. Ich glaube herzlich gern, daß man den wirklichen Korrespondenten so ein wenig „moralisch rädern“ würde — hätte man ihn. Daß die „Abgeordneten“ unserer Handelskammer sich auf dem jüngst „verloffenen“ deutschen Handelstage mit ihrer „deutscher Brüderlichkeit“ nicht wenig blamirten, haben Sie gehört und besprochen und es freunt mich — obwohl etwas Neuliches vorauszusetzen war — daß der nationalökonomische und volkswirtschaftliche Ruf unserer „Stammleute“ von der Stadt der Intelligenz nicht so „reinlich und zweifelslos“ zurückgekehrt ist — wie dies die Intentionen unseres hohen und weisen Senates jedenfalls sind, wenn er die „Post“ als Prediger „von dem Umsturz alles Bestehenden“ unnachlässig verfolgt. Leider scheint Amphibismus sich verrechnet zu haben, wenn er durch sein Organ den freien Aeußerungen ein Autodafé bereiten wollte — das Publikum hat sich doch eben sehr viel um Ihr Blatt bekümmert. Ob das besonders gut ist, wo uns das Budget demnächst bekannt werden wird, und wir die erbaulichen Betrachtungen anstellen können, wie angenehm es doch für den Lübecker ist, sich sagen zu müssen, daß auf seinem Kopf ebensoviel an Veranjung unserer Staatsschuld kommt, als in Preußen die ganze von der Staatsschuld auf den Kopf zu repartirende Quote: das wage ich natürlich nur anzudeuten als passendes Relief zu dem ungeheuren Selbstgefühl, mit dem man hier „Staat“ spielt. Ohne Konjekturen anzustellen, beantworte mir Einer die Frage: „Wie lange glaubt man hier noch als Staat existiren zu können, mit einem Defizit von 500,000 Mark jährlich?“ Glaubst man vielleicht durch unsere „Wasserlösungs“-Kommission, deren Sachverständige „Gewatter Schneder und Handschuhmacher“ sind, oder durch unser Finanzdepartement, deren Mitglieder durch die bloße Wahl „ausgezeichnete Finanziers“ geworden sind, zu dem Resultat zu kommen, welches dem „beschränkten Unterthanenverstand“ täglich „eingerammt“ wird: „Ueberschüsse im Budget?“ „Ja“, sagt mir neulich einer unserer Gottbegnadeten, „ja, wenn man uns annehmbare Bedingungen stelle, werden wir die Ignorirung in Preußen wohl gerne geben!“ „Annehmbare Bedingungen!“ Sollte vielleicht Preußen Lübeck, wie es ist, nehmen und konserviren? Sonderbare Idee das, wie sie nur in dem zweifelhaften Gehirn eines Lübecker „Großen der Erde“ entstehen kann: Die Vereinfachung der Verwaltung zu einem Magistrat, die Unterordnung von Polizei und Gerichten unter preussische Instanzen, das sind die Bedingungen, unter denen wir vielleicht auf unsere Bitte Erhörung finden könnten.

Ausland.

Wien, 3. November. Bereits in den Morgenstunden pilgerten gestern Tausende von Leidtragenden nach den Friedhöfen. Am meisten besucht waren der Marxer und der Schmeller Gottesacker. Auf dem St. Marxer Friedhofe war das Denkmal Mozart's, das kürzlich beraubt wurde, ein Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit. Die Statue der Tommuse war mit

